



Antrag an den Landesparteitag am 18./ 19. April 2015

**Antragsteller: M. Limburg; L. Benekendorff; Petra Dahms,
S. Edler; Maria-Theresia Patzer, Sven Schröder**

Antrag Nr. _____ - 2015

Abstimmungsergebnis: _____ / _____ / _____ (ja/ nein/ Enthaltung)

Datum/Ort:

Für die Richtigkeit: _____ (Unterschrift)

Beschlossen: ja nein geändert zurückgestellt

Beschlussantrag

Der Landesparteitag der AfD, Landesverband Brandenburg möge das
Positionspapier (V2+1-1, siehe Anlage) mit dem Titel: „**Für eine rationale und
bürgerfreundliche Energiepolitik im Lande Brandenburg**“ beschließen.

Erläuterung und Begründung:

- I. Sachverhalt und Forderungen S 2-4
- II. Begründung des Antrags S 5 ff

Für eine rationale und bürgerfreundliche Energiepolitik im Lande Brandenburg

basierend auf den Papieren von NRW, Saarland , Berlin und anderen Bundesländern

Eingereicht von: M. Limburg; L. Benekendorff; Petra Dahms, S. Edler; Maria-Theresia Patzer, Sven Fischer; Version vom 2.4.15

Sachverhalt

Der Wunsch nach Vermeidung einer „Klimakatastrophe“ in ferner Zukunft, ausgelöst , so die Hypothese von der schädlichen Wirkung des insbesondere anthropogen erzeugten CO₂, ist die „Mutter“ aller Energiewende Anstrengungen. Die Rettung vor dieser vermuteten „Klimakatastrophe“ liegt nach Meinung des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und in Folge der deutschen Regierung in einer massiven Absenkung der deutschen CO₂ Emissionen, bis auf 15 % des Wertes von 2000. Doch das Klima und die Energieströme machen an den Ländergrenzen keinen Halt. Deshalb beruhen in Deutschland alle wesentlichen Vorgaben, Gesetze und Regelungen auf Bundesrecht. Damit kann das Land Brandenburg eigenständige Entwicklungen und Maßnahmen nur in eine Richtung lenken: Nämlich auf die Überbietung der Vorgaben durch die Bundesgesetze mit weiteren Belastungen für Bürger und die Wirtschaft. Das gilt es für die AfD Brandenburg nicht nur zu vermeiden, sondern auch noch -unter Wahrung der länderspezifischen wie verfassungsrechtlichen Möglichkeiten- wenn möglich in ihr Gegenteil also ins Positive zu verkehren. Dazu dienen die folgenden AfD BRANDENBURG Forderungen (in Kurzform)

1. AfD BRANDENBURG fordert: Die Klimawissenschaft muss endlich mit den in den Natur- und technischen Wissenschaften bekannten Verfahren die real existierende Klima-Sensitivität des CO₂ in praxisorientierten Großversuchen verbindlich nachweisen. Ein Nachweis durch fehlerhafte und getunte Klimamodelle¹ ist nicht akzeptabel.
2. AfD BRANDENBURG fordert: Keine deutschen oder EU-weite Alleingänge in der CO₂- und Klimapolitik. Deutschland unterlässt alle Alleingänge zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und stellt den Handel mit CO₂-Zertifikaten ein. Solche Maßnahmen sind

¹ Zitat von John Mitchell ehem. IPCC Leitautor und Chef des UK Metoffice *"Es ist nur möglich, die Erwärmung im 20. Jhh auf menschliche Eingriffe zurückzuführen, wenn man numerische Modelle des Klimasystems verwendet."*

nur zulässig, wenn bei nachgewiesenem negativen Einfluss auf das Klima der Vergleich mit dem positiven Einfluss auf die Welternährung zu Ungunsten der Ernährungsfrage ausfällt

3. AfD BRANDENBURG fordert: Verfolgung von CO₂-Minderungsziele nur, soweit sie auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und die Minderungsziele durch breiten internationalen Konsens abgestimmt und mit für allen gleichen Verpflichtungen verfolgt werden.
4. Die AfD BRANDENBURG fordert die ersatzlose Abschaffung des EEG. Gewährung von bestehenden Rechtsansprüchen aus dem EEG insoweit, wie diese durch die gesetzlichen Verpflichtungen tatsächlich auch unabweisbar sind.
5. AfD BRANDENBURG fordert: Jede Subventionierung der EEG-Altanlagen nur über die öffentlichen Haushalte von Bund oder Länder sofern diese auch unabweisbar sind.
6. AfD BRANDENBURG fordert: keine politische Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Energieträger. Generelle Abschaffung der Vorrangspeisung im Stromsektor. Keine Quotenmodelle zur Durchsetzung planwirtschaftlicher Ziele in der Energiepolitik.
7. AfD BRANDENBURG fordert: Sofortige Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer.
8. AfD BRANDENBURG fordert: Einhaltung einer Abstandsgrenze von Windkraftanlagen zu jeglicher Wohnbebauung vom 10-fachen der Höhe des Windrades (10-H-Regelung) sowie Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen in ausgewiesenen Naturschutzgebieten.
9. AfD BRANDENBURG fordert: Beibehalten der Braunkohle als Teil des Deutschen Energiemix, mit besonderer Berücksichtigung der durch Braunkohletagebaue verursachte zunehmende Verockerung vieler Fließgewässer nach dem Verursacherprinzip zu bekämpfen, mit angemessener Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Bewohner
10. AfD BRANDENBURG fordert: Förderung grundlagennaher Forschung und Entwicklung neuer Energietechnologien ohne ideologische Schranken, inkl. der Mitarbeit deutscher Forschungsinstitute am internationalen Programm „Generation IV International Forum (GIF)“, zur Entwicklung nachhaltiger, wirtschaftlicher und inhärent sicherer Reaktortechnologien.

11. AfD BRANDENBURG fordert: Kein Verbot des großtechnischen Einsatzes neuer Energietechnologien oder Förderverfahren in "vorausseilenden Populismus" ohne fundierte Prüfung, stattdessen verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen durch neutrale Stellen.
12. AfD BRANDENBURG fordert: Keine staatliche Bevormundung der Bürger bzgl. der Art und Weise ihres Energieverbrauchs.
13. AfD BRANDENBURG fordert: Keine unverhältnismäßigen staatlichen Vorschriften zur Energieeinsparung, die zu einer hohen finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen führen.
14. AfD BRANDENBURG fordert: Sofortige Abschaffung der Energie-Einsparungsgesetz EnEG, der Energie-Einsparverordnung EnEV und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz EEWärmeG.
15. AfD BRANDENBURG fordert: Verursachungsgerechte Umlage aller Netzkosten für alle Netznutzer.

Begründung

Energie

Die AfD BRANDENBURG erkennt die Energiepolitik als systemrelevant für den Erfolg der deutschen Industrie und damit für den Wohlstand der deutschen Bevölkerung an. Energiepolitik soll sich an wettbewerblichen Grundsätzen zur Erreichung einer sicheren, kostengünstigen und von kritischen Regionen weitgehend unabhängigen Energiebereitstellung orientieren. Planwirtschaftliche Instrumente müssen vermieden oder, wo vorhanden, konsequent zurückgedrängt werden. Subventionen dürfen nur als Anschub für aussichtsreiche Technologien gewährt werden und auf keinen Fall in eine Dauerförderung münden.

EEG

Die AfD BRANDENBURG tritt für eine ideologiefreie und von rationalen Überlegungen geprägte Energiepolitik ein. Die aus rein populistischen Motiven verkündete „Energiewende“ ist jedoch davon das genaue Gegenteil. Das planwirtschaftliche Erneuerbare Energien Gesetz – kurz „EEG“ -mit seinem Einspeisevorrang und hohen Subventionen für die sog. "erneuerbaren" Energien hat die Stromversorgung teurer und unsicherer gemacht.

Für den deutschen Alleingang bei der Energiewende bezahlen die Bürger unseres Landes nicht nur mit ihrer Stromrechnung sondern häufig auch mit ihrem Arbeitsplatz. Die dramatisch gestiegenen Kosten der Ökostromförderung führen zu einer De-Industrialisierung Deutschlands.

Die Tatsache, dass Deutschland mittlerweile faktisch mit die höchsten Strompreise in Europa verzeichnet und sich damit eine gewaltige Kostendifferenz insbesondere zu den USA und Frankreich ergibt, ist nicht akzeptabel. Die bereits vor vielen Jahren für die Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt eingeleitete De-Industrialisierung Deutschlands wird dadurch weiter beschleunigt mit absehbar dramatischen Folgen für den Wohlstand unserer zunehmend alternden Bevölkerung. Auch die immensen Verteilungswirkungen des EEG – von sozial Schwachen und der Mittelschicht zu einer kleinen wohlhabenden Gruppe von Ökoproteuren; von BRANDENBURG zu anderen Bundesländern – stellen eine extrem unsoziale und ungerechte Politik dar.

Selbst die für diese maßlose Überförderung mitverantwortlichen Politiker der Altparteien sprechen schon von direkten Kosten der "Energiewende" von jährlich mehr

als 23 Mrd. € ohne MWSt. (Gabriel) bzw. von Gesamtkosten von mehr als 1.000 Mrd. € (Altmaier).

Die Sicherheit der Stromversorgung war über Jahrzehnte eine bedeutende Stärke des deutschen Stromsystems – und ein Vorteil im internationalen Standortwettbewerb. Diese Zeiten scheinen nunmehr vorbei zu sein. Durch die hohe Subventionierung deutscher EEG-Anlagen und die mit dem Einspeisevorrang für diese Anlagen einhergehende bedarfsunabhängige, stark schwankende Einspeisung von EEG-Strom wird das deutsche Stromnetz bis an die Belastungsgrenze strapaziert. Die Zahl der Regeleingriffe durch die Übertragungsnetzbetreiber steigt stetig an, und die zur Stabilisierung des Netzes unverzichtbaren konventionellen Kraftwerke müssen aus wirtschaftlichen Gründen vom Netz genommen werden, wenn es für das reine Vorhalten der Reservekapazität nicht auch noch eine Subvention für diese Kraftwerke gibt.

EnEG, EnEV und EEWärmeG

Zur Umsetzung der Energiewende wurde ein weiteres umfangreiches Maßnahme-Paket beschlossen, zu dem das Energie-Einsparungsgesetz EnEG mit der Energie-Einsparverordnung EnEV und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz EEWärmeG gehören. Insbesondere sollen durch die Wärmedämmung von Gebäuden und die stärkere Nutzung von „Erneuerbaren“ Energien für Heizung und Warmwasser der Energieverbrauch für die Wärmeerzeugung drastisch gesenkt werden. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist stark umstritten, da sie sich in den meisten Fällen nicht in den vorgeschriebenen 10 Jahren amortisieren, nicht die versprochenen Energieeinsparungen bewirken und langfristig größere Bauschäden, gesundheitliche Beeinträchtigung und finanzielle Belastungen für Wohneigentümer und Mieter mit sich bringen.

Klima

Solange die Erde besteht, ändert sich das Klima zwischen warmen und kalten Phasen. Das durch Regierungen geschaffene und ausschließlich von ihnen kontrollierte² IPCC

² Der scheidende Vorsitzende des IPCC Ratchendra Pachauri am 3. September 2010 in Beantwortung der Frage *“Stifling politics out of science, does that make it devoid of its real social purpose?”* Pachauri sagte der Times of India, (Hervorhebungen hinzugefügt) *Let’s face it, we are an intergovernmental body and our strength and acceptability of what we produce is largely because **we are owned by** governments. If that was not the case, then we would be like any other scientific body that maybe producing first-rate reports but don’t see the light of the day because they don’t matter in policy-making. Now*

(Intergovernmental Panel on Climate Change) veröffentlicht Berichte zur angeblich menschengemachten globalen Erwärmung. Diese wurden und werden von Anfang an aber immer intensiver infrage gestellt. Moderne Forschungsergebnisse unterstützen daher die Behauptungen des IPCC vom überwiegenen Einfluss des Menschen nicht, sondern weisen im Gegenteil einen überragenden Einfluss der natürlichen Einflussgrößen auf unser Klima nach. Trotz milliardenschwerer über 30 jähriger Forschung liegt der menschliche Einfluss, wenn er denn vorhanden ist, offenbar unter der Nachweisgrenze. Von der Klimawissenschaft sind daher die bewusst bisher wenig untersuchten und verstandenen Einflüsse der Sonnenstrahlung und der Meeresoszillationen auf das Klima zu erforschen und mit der Wirkung des CO2 zu vergleichen. Die für die Berechnungen verwendeten Klimamodelle beruhen auf der Annahme, dass im Wesentlichen der ständig steigende Ausstoß an Treibhausgasen, speziell an CO2, zu einer Klimakatastrophe führen soll. Da nun bereits seit 18 Jahren die real gemessene mittlere Globaltemperatur, gerade während des stärksten Anstiegs des CO2-Ausstoßes, nicht mehr gestiegen ist, haben sich alle Klimamodelle als unbrauchbar erwiesen. Es gilt auch in diesem Fall der wissenschaftliche Grundsatz, dass eine mit Hilfe von Modellrechnungen aufgestellte Theorie falsch ist, wenn sie durch die Beobachtungen nicht bewiesen wird. Bewusst verschwiegen wird zudem von der um das IPCC aufgebauten Klimalobby, den Klimaalarmisten und der Klimaindustrie, dass das CO2 die wichtigste Grundlage für das Pflanzenwachstum und damit für alles Leben auf der Erde ist. Durch hunderte wissenschaftliche Studien wurde bewiesen, dass durch den Anstieg der CO2-Konzentration in der Atmosphäre die landwirtschaftlichen Erträge und der Zuwachs an Holz deutlich steigen sowie Wüstenregionen zurückgedrängt werden. Das dient vor allem der Nahrungsmittel-Versorgung der auch in Zukunft weiter stark wachsenden Erdbevölkerung.

Kernforderungen des energiepolitischen Programms der Alternative für Deutschland

- Die in den letzten 15 Jahren erfolgte planwirtschaftliche Förderung von der sog.

clearly, if it's an inter-governmental body and we want governments' ownership of what we produce, obviously they will give us guidance of what direction to follow, what are the questions they want answered. Unfortunately, people have completely missed the original resolution by which IPCC was set up. It clearly says that our assessment should include realistic response strategies. If that is not an assessment of policies, then what does it represent?

"Erneuerbaren Energien" ist kostenmäßig vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Inkl. MWSt beträgt die EEG-Belastung mittlerweile ca. 27 Mrd. Euro im Jahr. Als erster Schritt eines Ausstiegs aus der Planwirtschaft fordert daher die AfD BRANDENBURG die ersatzlose Abschaffung des EEG. Bestehende Rechtsansprüche von Produzenten von Erneuerbaren Energien aus dem EEG bleiben insoweit gewahrt, wie diese durch die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen unabweisbar sind.

- Die bisherige EEG-Subventionierung über den Strompreis verstößt massiv gegen die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. Geringverdiener bezahlen die Subventionen der meist besserverdienenden EEG-Profiteure. Die AfD BRANDENBURG fordert deshalb, die weitere Subventionierung der EEG-Altanlagen ausschließlich über die öffentlichen Haushalte von Bund oder Länder. So wird auch die wahre Höhe der EEG-Subventionierung dem Bürger sichtbar.
- Es darf keine politische Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Energieträger geben. Im Stromsektor soll daher die Vorrangspeisung generell abgeschafft werden. Quotenmodelle zur Durchsetzung planwirtschaftlicher Ziele in der Energiepolitik lehnt die AfD ab.
- Da die Beendigung der EEG-Förderung für Neuanlagen die EEG-Umlage erst im Verlauf mehrerer Jahre deutlich sinken lässt, setzt sich die AfD BRANDENBURG für eine sofortige Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer (derzeit 2 ct/kWh) ein.
- Windkraftanlagen verursachen vielfältige Probleme: Ökologische Schäden in Naturschutzgebieten, gesundheitliche Probleme durch Infraschall oder „Stroboskop-Effekt“ bei Nähe zur Wohnbebauung und Vermögensschäden für Eigentümer von Wohnhäusern oder Beherbergungsbetrieben (Tourismus) in der Nähe dieser Anlagen. Die AfD BRANDENBURG fordert daher zum Schutz der Bevölkerung die Einhaltung einer Abstandsgrenze von Windkraftanlagen zu jeglicher Wohnbebauung vom 10-fachen der Höhe des Windrades (10-H-Regelung) wie auch ein Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen in ausgewiesenen Naturschutzgebieten.
- Braunkohle ist der in Deutschland einzige ausreichend verfügbare und zu wettbewerbsfähigen Kosten abbaubare Energieträger. Die AfD BRANDENBURG ist sich bewusst, dass der Braunkohle für die Energieversorgung der Wirtschaft mit international wettbewerbsfähigen Preisen eine Schlüsselrolle zukommt. Darüber hinaus hängen an der Braunkohle direkt und indirekt zehntausende Arbeitsplätze insbesondere in der Brandenburger und sächsischen Lausitz sowie in Nordrhein-Westfalen, die

gesichert werden sollen. Dabei sind hohe Standards bei der Entschädigung im Falle von Umsiedlungen und Renaturierungen (z.B. auch der bei der Bekämpfung der Verockerung vieler Fließgewässer in der Nähe von Braunkohletagebaue) anzuwenden. Daher tritt die AfD BRANDENBURG dafür ein, dass Braunkohle Teil des deutschen Energiemix bleibt.

- Auf allen Wertschöpfungsstufen der Energiewirtschaft fordert die AfD BRANDENBURG wieder marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Im Bereich der Netze als natürlichem Monopol soll die staatliche Regulierung weiterhin die kostengünstige Netznutzung für alle Netzkunden sicherstellen.
- Strom-Eigenerzeuger, insbesondere Besitzer von Photovoltaik-Anlagen, können sich den Netzkosten derzeit durch Eigenverbrauch zu Lasten der anderen Netzkunden weitgehend entziehen, obwohl das Netz für sie vollumfänglich bereitgestellt werden muss. Deshalb fordert die AfD BRANDENBURG eine verursachungsgerechte Umlage aller Netzkosten für alle Netznutzer.
- Neue Technologien sowie die Weiterentwicklung bestehender Technologien der Stromerzeugung und Energiespeicherung könnten bei technisch und wirtschaftlich erfolgreicher Entwicklung zukünftig einen wichtigen Beitrag für eine sichere und preisgünstige Energieversorgung in Deutschland leisten. Die AfD BRANDENBURG fordert die Förderung grundlagennaher Forschung und Entwicklung neuer Energietechnologien ohne ideologische Schranken. Die umfasst daher auch die Mitarbeit deutscher kerntechnischer Forschungsinstitute am internationalen Programm „Generation IV International Forum (GIF)“, in dessen Rahmen nachhaltige, wirtschaftliche und inhärent sichere Reaktortechnologien entwickelt werden sollen. Dadurch bleibt die deutsche nukleare Sicherheitsforschung auch zukünftig wettbewerbsfähig. Ohne eine solche aktive Mitarbeit würde die noch vorhandene wissenschaftliche Kompetenz aus Deutschland verschwinden.
- Die AfD BRANDENBURG spricht sich für Umweltverträglichkeitsprüfungen durch eine neutrale Stelle vor dem großtechnischen Einsatz neuer Energietechnologien oder Förderverfahren aus. Weder sollen großtechnische Projekte, die neue Energietechnologien oder Förderverfahren einsetzen, ohne Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt, noch sollen sie ohne fundierte Prüfung in „vorausseilenden Populismus“ verboten werden.
- Die AfD BRANDENBURG lehnt jegliche staatliche Bevormundung der Bürger bzgl. der Art und Weise ihres Energieverbrauchs ab. Besitzern von Neubauten und Häusern,

deren Heizungsanlage modernisiert wird, soll z. B. nicht mehr vorgeschrieben werden, einen Mindestanteil an erneuerbaren Energien für die Wärmeerzeugung zu verwenden, wie dies derzeit gesetzlich geregelt ist. Auch energiewirtschaftlich unsinnige „Symbolpolitik“, wie die Verbote zum Verkauf von Glühbirnen oder von Staubsaugern mit mehr als 1.600 Watt (ab 2014) bzw. 900 Watt (ab 2017), lehnt die AfD BRANDENBURG entschieden ab.

- Staatliche Vorschriften zur Energieeinsparung, die wie die Energieeinsparverordnung (ENEV) zu einer hohen finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen führen, welche durch die damit beabsichtigte Energieeinsparung nicht annähernd wieder finanziell kompensiert wird (insbesondere nach den weiteren geplanten Verschärfungen der ENEV), lehnt die AfD BRANDENBURG als unverhältnismäßig ab. Die überzogenen Standards der Energieeinsparverordnung (ENEV) bzgl. der Wärmedämmung verteuern den Bau und die Modernisierung von Wohngebäuden derart, dass weder Eigentümer noch Mieter mit durchschnittlichem Einkommen diese Mehrbelastung verkraften können. Die ENEV ist damit zum Investitionshemmnis in der Wohnungswirtschaft geworden. Sie verhindert durch unsinnig hohe Standards für die Wärmedämmung wirtschaftlich sinnvolle energetische Sanierungen, die ohne den Zwang zum ENEV-Standard ansonsten von den Eigentümern vorgenommen würden. Energieeinsparen ja, aber nicht zum Schaden der Bausubstanz, der Wohneigentümern und Mieter

- Die AfD BRANDENBURG stellt fest: Es bestehen erhebliche und begründete Zweifel an der Belastbarkeit der derzeitigen Klimamodelle. Tatsächlich wurden u.a. alle bisherigen Prognosen in den letzten 18 Jahren durch die Realität widerlegt. Keines der etwa 100 Klimamodelle hat diese Entwicklung vorausgesagt. In den letzten fast 20 Jahren zeigte der Trend der globalen Mitteltemperatur keinen Anstieg mehr. Zudem zeigen neueste wissenschaftliche Untersuchungen von vielen tausend lokalen Temperaturganglinien, dass 2/3 im letzten Jahrhundert von ihnen entweder überhaupt keinen Anstieg zeigen, oder sogar (etwa 1/3) eine deutliche Abkühlung. Die Ursachen für diese offensichtliche Diskrepanz beider Datenreihen sind derzeit Gegenstand weiterer Untersuchungen. Daher ist die Klimawissenschaft insgesamt erneut auf einen neutralen objektiven wissenschaftlichen Prüfstand zu stellen. Es wird sich also mit hoher Wahrscheinlichkeit um ein No-Problem handeln.

- Die AfD BRANDENBURG fordert: Bis zur Klärung der wichtigsten Fragen zur Realität der Hypothese von der menschengemachten Erwärmung und ihrer potentiellen

Gefährlichkeit für die Menschheit ist jegliche Aktivität zur CO₂ Vermeidung zu unterlassen. Immerhin – um nur ein Beispiel zu nennen- stieg der langjährige Trend globale Mitteltemperatur nach den Auswertungen der Satellitenmessungen durch RSS seit mehr als 18 Jahren nicht mehr an. Obwohl sowohl die CO₂ Emissionen wie die CO₂ Konzentration jährlich neue Höchststände erklommen. Zudem waren Warmzeiten, wie sie z.B. im Alpenraum, aber nicht nur dort, für mehr als 2/3 der gesamten letzten 10.000 Jahre herrschten mit Temperaturen die höher waren als heute, immer gute Zeiten für alles Leben. Zudem wird jeder ehrliche Paleogeologe zugeben, dass niemals in der geologischen Vergangenheit das CO₂ die Temperatur steuerte. Während der umgekehrte Prozess – Temperatur steuert den CO₂ Gehalt der Meere und damit der Luft die alltägliche Regel ist.

- Die AfD BRANDENBURG fordert: Da der bereits angerichtete volkswirtschaftliche Schaden hier und heute weit größer als jeder eventuelle Nutzen in ferner Zukunft ist das weitere Anheizen dieser künstlich erzeugten Panik so schnell wie möglich zu unterbinden. Deshalb ist die staatliche oder staatlich angeregte Unterstützung von Instituten, die sich besonders in Brandenburg mit Klimafolgenforschung beschäftigen umgehend einzustellen. Grundlagenforschung wie sie z.B. das Potsdamer Geoforschungszentrum GFZ oder Anpassungsforschung wie sie z.B. die ACATECH fordert, ist weiterhin zu unterstützen bzw. auszuweiten.